

„Fake-News oder Unverstand?“

Beate Böhlen hadert mit Aussagen der CDU zu Windkraftplanung

Baden-Baden (BNN). „Fake-News oder Unverstand?“, fragt sich MdL Beate Böhlen angesichts der neuen von der CDU-Gemeinderatsfraktion angestoßene Diskussion um Windkraftanlagen.

Als Petitionsausschussvorsitzende des Landes sei sie den kritischen Umgang mit Windkraftstandorten gewohnt und begrüßt diesen ausdrücklich, schreibt die Abgeordnete. Doch diese Auseinandersetzung müsse auf wahren und überprüfbaren Fakten basieren. Daher nehme sie die Berichte über eine vermeintliche Rechtswidrigkeit der Windkraftplanungen irritiert zur Kenntnis.

Bei den Planungen durch den Regionalverband handele es sich – vereinfacht gesagt – um grobe Planungen, in denen bislang nur potenzielle Flächen ausgemacht worden seien, die für eine Windkraftnutzung in Frage kommen könnten. „Damit kann keine rechtsunwirksame Planung vorliegen, da noch kein Genehmigungsverfahren existiert“, sagt Böhlen. Die Mitteilung der CDU sei daher falsch. Dies lasse zwei Schlüsse zu,

so Böhlen weiter. Entweder informiere die CDU bewusst falsch – davon gehe sie aber nicht aus – oder sie habe nicht die ausreichende Kenntnis über die Komplexität eines entsprechenden Plan- und Durchführungsverfahrens.

Denn nach der Feststellung der grundsätzlichen Eignung einer Fläche werde in einem umfangreichen Genehmigungsverfahren geprüft, ob eine Windenergieanlage überhaupt gebaut werden dürfe. Dabei müsse zunächst ein Antrag eines Vorhabenträgers vorliegen. Anlagen über 50 Metern Gesamthöhe würden dabei nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz geprüft. Der Ablauf dieses Verfahrens sei dabei bis ins kleinste Detail geregelt. Hierbei muss ausführlich nachgewiesen werden, dass eine oder mehrere geplante Windenergieanlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen sowie Boden, Wasser und Kultur- und sonstige Sachgüter haben. Insgesamt prüften etwa 20 bis 40 Behörden oder Träger öffentlicher Belange ein entspre-

chendes Vorhaben und könnten, wie auch die Bürger in den Planfeststellungsverfahren, ihre Belange gegenüber der Genehmigungsbehörde vertreten.

So werde es auch bei den von Gernsbach und Weisenbach geplanten Windkraftanlage am Hummelsberg sein, gegen die im Übrigen nur die Grünen im Regionalverband wegen der zu geringen Abstandflächen die Stimme erhoben hätten. Die CDU habe in diesem Gremium die Pläne ohne Widerspruch abgenickt.

Böhlen: „Sollte hier ein Antrag auf Errichtung von Windenergieanlagen eingereicht werden, wird das Genehmigungsverfahren ausgelöst. Ist dies der Fall, muss zwingend das förmliche Genehmigungsverfahren in Kraft treten, das der Öffentlichkeit die direkte Beteiligung am Verfahren zusichert. Dies ist der richtige Weg, sich kritisch mit Windkraftplanungen auseinanderzusetzen“, sagt Böhlen.“

Die Grünen würden die Planungen am Hummelsberg sehr kritisch sehen.